

Freundeskreis Palast der Republik

Mitglied im
Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V.

Erklärung des Freundeskreises Palast der Republik zum 20. Schließungstag des Palastes.

Am 19. September 1990 wurde der Palast der Republik unter dubiosen, bis heute nicht eindeutig geklärten Umständen für die Öffentlichkeit überraschend geschlossen.

Damit wurde die politisch gewollte Beseitigung dieses Volkshauses mit seinen großartigen Möglichkeiten eingeleitet.

Das offiziell und medial verbreitete Argument der Schließung: Asbestverseuchung. Es war von Anfang an unglaubwürdig und verlogen.

Ca. 4.000 öffentliche Gebäude in Berlin waren bzw. sind Asbest belastet wie in einer Fernsehsendung informiert wurde.

Die Palastmitarbeiter durften das Haus nicht mehr betreten, die Abgeordneten der Volkskammer, mit der Sturzgeburt des sogenannten Einigungsvertrages beschäftigt, zogen in ein Gebäude, dessen Räume ebenso, wenn noch höher Asbest belastet waren.

Die Besucher standen verständnislos vor verschlossenen Türen.

Die Asbestbelastung lag in beiden Gebäuden im unteren Bereich der gesetzlich festgelegten Werte. Das alles geschah wenige Tage vor dem 3. Oktober, dem Tag der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland.

Die Verantwortung dafür liegt bei der damaligen DDR – Regierung unter Lothar de Maiziere. Deren erklärtes Ziel war, sich selbst abzuschaffen.

So entzog sich diese Regierung den Vorwurf des Wahlbetrugs und des Hochverrats.

Frühzeitig, im Jahre 1993, wurden von den CDU - Oberen die Weichen auf Abriss gestellt. Legitimiert waren sie dazu nicht.

Beteiligt an dieser Absicht waren später auch die SPD und sogenannte Bürgerrechtler der DDR, deren blinder Hass auf alles, was die DDR an positiven Eigenschaften hervorbrachte, kaum zu übersehen war und ist.

Dieses international anerkannte Volkshaus der DDR auf dem damaligen Marx – Engels - Platz im Zentrum Berlins war ihnen ein Dorn im Auge.

Nichts sollte dort an die DDR erinnern, an den Staat, in dem das Großkapital Macht und Verfügungsgewalt verloren hatten.

Ihren Ruf als „Volkspartei“ zu gelten, haben diese Parteien damit am konkreten Beispiel selbst ad absurdum geführt.

Der Protest gegen die Absichten, den Palast der Republik zu vernichten formierte sich. Hunderte von Protestveranstaltungen, Mahnwachen und andere Veranstaltungen gegen den Palastabbriss brachten die massenhafte Empörung der Bevölkerung zum Ausdruck.

100.000 Pro Palast – Unterschriften wurden dem Bundestag übergeben. Die Empfehlung des Petitionsausschusses, den Palast der Republik zu erhalten, wurde von der damaligen Bundesregierung negiert.

Gesprächsangebote mit Palastbefürwortern wurden abgelehnt, auf deren Fragen und Forderungen nicht reagiert.

In unsäglicher Arroganz wurden die Proteste der Palastbefürworter von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, SPD, FDP und teilweise auch der Grünen einschließlich der finanziellen

Konsequenzen für die Steuerzahler missachtet. Die Mehrzahl dieser Volksvertreter kannten dieses Volkshaus aus eigener Anschauung nicht.

Der Protest wurde über Jahre hinweg geführt. Die Zwischennutzung des Palastes ab 2003 führte zu einem unerwartet positiven Echo.

Dieser Protest gegen die Palastvernichtung ist unter Beachtung der Realitäten bis heute ungebrochen und setzt heute neue Akzente.

Die politisch Verantwortlichen haben nach der Wende dieses zentrale Volkshaus mit seinen großartigen Möglichkeiten und seiner Einmaligkeit in Europa zu einem Schandmal gemacht. Durch den langjährigen Protest wurde es zum Mahnmal.

Der Palast der Republik ist heute zu einem Symbol des Protestes gegen den verfehlten Einigungsprozess in Deutschland geworden.

Mit der Palastvernichtung und der Schlossplatzdiskussion wird eine Blamage der Herrschenden dieses Landes erkennbar, deren nationale und internationale Dimension nicht zu übersehen ist.

In diesem Sinne lebt der Palast eben nicht nur in den Erinnerungen seiner Besucher, Mitarbeiter und Erbauer fort.

Die politisch gewollte Palastvernichtung ist ein beispielloses nicht verjährendes kulturpolitisches Verbrechen der neueren deutschen Geschichte, an dem Bundeskanzler, Minister, Politiker, die tonangebenden Medien und fragwürdige Vereine beteiligt sind. Sie ist ein eindeutiger, konkret nachweisbarer Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und gegen den Einigungsvertrag.

Der Freundeskreis Palast der Republik wendet sich im Rahmen seines Wirkens als ein Träger dieses Protestes gegen jede Geschichtsentsorgung bzw. Geschichtsverfälschung, pflegt die Erinnerung an den Palast und betreibt Recherchen zum Thema vor und nach der Palastschließung, stellt Fragen und Forderungen.

In Ausstellungen und auf seinen Internetseiten werden Fakten und aktuelle Erkenntnisse der Öffentlichkeit übergeben.

In wenigen Tagen, am 22. September, wird eine neugestaltete Wanderausstellung im Berliner Bürogebäude, am Franz -Mehring -Platz 1 eröffnet.

Diese 18. Wanderausstellung wird nicht ohne Absicht wenige Tage vor den offiziellen Jubelveranstaltungen zum . Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober organisiert.

20 Jahre deutsche Einheit?

Dem gegenüber stehen 20 Jahre politisch gewollte Palastvernichtung, Delegitimierung der DDR, Diffamierung ihrer Bürger und deren Leistungen, massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, Geschichtsverfälschung und Volksverdummung.

20 Jahre danach:

Wir sagen:

Es reicht!

Freundeskreis

Palast der Republik

R. Denner, Sprecher des Freundeskreises

Berlin, 19. September 2010